



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/2 - 3.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Der Sowjetpropaganda erlegen	S. 1
Churchill in den USA	S. 3
Finanzamt schießt über's Ziel	S. 5

Die Hirtenknaben Niemöller und Wirth

P.R. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth hat, von niemandem ermächtigt, in Ostberlin tagelang mit den dort maßgebenden russischen und deutschen Persönlichkeiten verhandelt. Er hat an die Bundestags-Abgeordneten einen Brief geschrieben, in dem er vor Annahme des Schuman-Plans warnt und eine Volksbefragung fordert. Dieser Brief ist nach vorliegenden Berichten interessanterweise das Ergebnis dieser Besprechung, er wurde nicht etwa vorher konzipiert und verschickt.

Damit wird besonders klar, wie schnell und gründlich dieser Mann, der sich offenbar trotz seines hohen Alters nicht damit abfinden kann, politisch auf dem Altenteil zu wohnen, der suggestiven Dialektik seiner mit allen Wassern gewaschenen Gegenspieler erlegen ist. Warnungen vor dem Schuman-Plan sind freilich angebracht, aber nicht von einer Seite, deren Motive nicht pro-deutsch sondern ausschließlich pro-sowjetisch sind. Das Mittel der Volksbefragung aber ist nicht geeignet, die jungen demokratischen Einrichtungen der Bundesrepublik zu fördern und zu stärken.

Was hinter alledem steckt, ist seit langem offenkundig und wurde jetzt nur durch den Berliner Bericht einer großen westdeutschen Zeitung neu bestätigt: Mit Hilfe von einigen bekannten Persönlichkeiten, die in den angelsächsischen Ländern sehr treffend als fellow travellers, als Mitreisende des Kommunismus nämlich,

bezeichnet werden, soll eine "Deutsche Nationalregierung" gebildet werden, ohne Wahlen, ohne jede demokratische Legitimation, die den äußeren Eindruck einer gewissen paritätischen Zusammensetzung von Vertretern aus dem Westen und dem Osten erweckt. Sie soll Anspruch auf gesamtdeutsche Geltung haben. Vorher aber soll diese Konstruktion durch die berühmt-berüchtigten "gesamtdeutschen Gespräche" untermauert werden, die im Grunde nichts anderes darstellen, als eine möglichst wirksame bolschewistische Propaganda.

Kurt Schumacher hat sich darüber schon im März 1951 sehr deutlich geäußert, als er im Bundestag erklärte: Die Kommunisten würden die Vertreter aus dem Westen nach ihrer kommunistisch-sowjetischen Einsicht benennen und bei dieser Gelegenheit würde man einmal "die ganze trojanische Kavallerie vorbeigaloppieren sehen". Freilich - denkt man an Dr. Wirth, so liegt ein anderes Bild aus der gleichen Rede näher: "Wir haben seit 1945 viele deutsche Hirtenknaben kennengelernt, die das sowjetische Lämmlein hüten wollten".

Unter den Personen, die vom Osten her gesehen schon mehrfach für würdig befunden wurden, Pionierdienste für die russische Außenpolitik zu tun, findet sich auch Dr. Niemöller, der sich gegenwärtig in Moskau aufhält. Offiziell hat er mitgeteilt, er wollte mit der russischen orthodoxen Kirche Besprechungen führen, und das Problem der noch in der Sowjetunion befindlichen Kriegsgefangenen, sowie die kirchliche Betreuung der deutschen Zivilarbeiter und Wissenschaftler in Rußland erörtern. Ob mehr dahinter steckt, weiß man nicht. Es ist aber durchaus möglich, daß Niemöller der Ansicht ist, wenn man schon ein Gespräch mit dem Osten führen wolle, dann sollte man es in der eigentlichen Befehlszentrale tun. Aber auch er unterschätzt ganz offenbar die Härte und Unzugänglichkeit seiner Partner, zumal in politischen Unterhaltungen außerhalb des von ihm umrissenen Themenbereiches. Er überschätzt aber auch, wie er es schon oft getan hat, die Wirkungsmöglichkeiten seiner eigenen Person.

Vor allem übersehen Leute wie Niemöller und Dr. Wirth den außerordentlichen Schaden, den sie mit solchen eigenwilligen, auf Geltung bedachten Extratouren anrichten. Gerade Niemöller ist in dieser Hinsicht schon oft unangenehm aufgefallen. Sie spielen, ob sie es wollen oder nicht, die russische Karte, denn sie pfuschen mit ihren aufregten Exkursionen in dem klaren Konzept des Bundestages vom 27. September herum, das die Russen zwingen wird, in der Frage der deutschen Einheit endgültig Farbe zu bekennen, ohne daß sie die Möglichkeit haben, daraus für sich selbst eine Propaganda-Angelegenheit größeren Stiles zu machen.

Frühjahrsahlen in Großbritannien ?

B.C. - London

Als vor dreizehn Monaten der damalige Premierminister Attlee nach Washington flog, wußte jeder Brite, daß seine Mission "Friede" war, daß es hieß, dem Präsidenten Truman den Rücken zu steifen gegen die Forderungen des Generals MacArthur und der hinter ihm stehenden "Tschiang Kai-schek-Lobby", die Mandschurei mit Atombomben anzugreifen und damit den Dritten Weltkrieg auszulösen.

Heute trifft der gegenwärtige Premierminister Winston Churchill fahrplanmäßig in Washington ein, um mit dem Präsidenten Truman zu verhandeln. Entgegen den Wünschen Churchills hat das amerikanische State Department die Agenda der Gespräche veröffentlicht, derzufolge die nachstehenden Punkte erörtert werden sollen:

1. Die künftige Organisation der N.A.T.O. und Großbritanniens Anteil in der politischen Leitung dieses Bundes;
2. Kommandofragen: Churchill wird einen britischen Befehlshaber für den Mittleren Osten (Mountbatten ?) fordern und als Gegenleistung einem amerikanischen Admiral im Atlantik zustimmen;
3. Waffenfragen: Engere Koordination in der Erzeugung und Verteilung atomischer Waffen zwischen Großbritannien, Canada und den Vereinigten Staaten, sowie die leidige Frage der Wahl einer Standard-Infanteriewaffe (amerikanische 0.300 oder britische 0.280 ?) stehen zur Debatte;
4. Ferner Osten: Übereinstimmung muß geschaffen werden zwischen der britischen und der amerikanischen Haltung zu den politischen Problemen, die akut werden, sowie ein koreanischer Waffenstillstand abgeschlossen ist - in diesem Zusammenhange wird auch die heikle Frage der britischen Anerkennung Chinas verhandelt werden müssen;
5. Persien: Kann die Welt-Bank die Ölindustrie übernehmen ? Und lohnt es sich für Amerika, weiterhin Dr. Mossadek zu unterstützen ?
6. Finanzielle Hilfe für Großbritannien: Angesichts der bevorstehenden amerikanischen Wahlen ist es sehr unwahrscheinlich, daß es Churchill gelingen wird, aus Washington die Dollar-milliarden mitzubringen, die er so dringend benötigt, um Rüstung und Lebensstandard einigermaßen auf der bisherigen Höhe zu halten;
7. Rohstoffe: Eine gerechtere Verteilung von Stahl und Nichteisenmetallen unter den Mitgliedern der N.A.T.O. ist erforderlich, und die vor fast einem Jahre begonnenen Verhandlungen der Fachleute sollen zum Abschluß gebracht werden.

Der wichtigste Punkt ist natürlich der sechste. Wenn die konservative Regierung Export- und Rüstungsproduktion auf der bisherigen Höhe erhalten will, ohne ernstlich den Lebensstandard der breiten Massen zu schmälern, so braucht Churchill mindestens eine Milliarde "freier" Dollars. In einem amerikanischen "Wahljahr" aber wird er zumindest so viel nicht bekommen können, obwohl gewisse Summen, z.B. als Pacht für britische Flugplätze verschleiert, wahrscheinlich freigemacht werden sollen.

Da Churchill fest entschlossen ist, das Rüstungsprogramm um nicht einen einzigen Pfennig zu senken, wird er zu "unpopulären Deflationsmaßnahmen" schreiten müssen, d.h. also, im großen und ganzen gesehen, bei erzwungenem "Lohnstop" die Verbraucherpreise weiter anziehen lassen und so den Lebensstandard soweit zu senken, daß aus dem verminderten Konsum die Rüstung gedeckt werden kann. Den Anfang dazu hat die konservative Regierung ja schon in den zwei Monaten ihrer Amtswaltung gemacht. Am liebsten würde Churchill natürlich eine so wenig volkstümliche Politik mit einer Koalitionsregierung durchführen, doch hat bisher die Labour Party auf in dieser Richtung ausgestreckte Fühler höchst sauer reagiert.

Vieles deutet jetzt darauf hin, daß bald nach seiner Rückkehr aus Washington Churchill mit einem dramatischen Vorschlag vor das Volk treten wird, ihm ein "Doktorsmandat" zu geben, mit drastischen Beschränkungen der Lebenshaltung die Wirtschaftsmisere zu heilen, die "sechs Jahre sozialistischer Mißwirtschaft herbeigeführt" hätten. Da ein derartiges Mandat nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn es vor dem Anfang April fälligen Staatshaushalt erteilt würde, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß bereits im März oder spätestens im April gewählt wird.

Da die Kassen der Labour Party noch von der letzten Wahl her ziemlich leer sind, wogegen die siegreiche Tory Party jederzeit mit "Lord Wooltons Millions" rechnen kann, wäre ein so früh berechnetes Wahldatum auch taktisch nicht ungeschickt. Andererseits könnte es Labour nur recht sein, ein Volk an die Urnen zu führen, in dessen Ohren noch frisch vom Oktober die Wahlversprechungen der Konservativen klingen, von denen bisher jedes einzelne gebrochen worden ist.

Kleiner Krieg zwischen Grenzgängern und Steuerbehörde

R.G.H. - Baden-Baden

Wieder einmal herrscht unter der Grenzbevölkerung am Hochrhein dicke Luft. Diesmal geht es nicht gegen den Zoll, sondern gegen die Finanzämter wegen der von ihnen versandten "Drohbriefe" an die in der Schweiz beschäftigten deutschen Arbeiter.

Nach einem deutsch-schweizerischen Abkommen haben die deutschen Arbeitnehmer, die in der Schweiz beschäftigt sind, ihre Lohnsteuer monatlich selbst an die Finanzämter abzuführen. Zwei Drittel des Lohnes werden über die Außerhandelsbanken nach Deutschland transferiert. Bei einer Nachprüfung der Listen stellte sich heraus, daß eine große Zahl der lohnsteuerpflichtigen Grenzgänger ihre Steuerpflicht teilweise aus Unkenntnis dieser Bestimmungen nicht oder nur unvollständig oder nicht rechtzeitig erfüllten. Dabei ergaben sich recht erhebliche Nachforderungen - bis zu 1.200 M.

Da ein Teil der Grenzgänger der kurzfristigen Mahnung zur Nachzahlung nicht genügend Folge leistete, erhielten die Säumigen finanzamtliche Briefe mit der Drohung, die Steuerbehörde werde ihnen ihre Grenzkarte entziehen. Dann wären natürlich die Arbeiter nicht zu ihrem Schweizer Arbeitsplatz gekommen, und alle Grenzgänger mit Lohnsteuer-Rückständen hätten stempeln gehen können - ein doppelt schlechtes Geschäft auch für den Staat, denn die Arbeit der Grenzgänger in der Schweiz bringt dem deutschen Fiskus immerhin jährlich 50 Millionen Schweizerfranken ein !

So ist die Erregung unter der Bevölkerung nur allzu leicht verständlich. Die Gewerkschaften haben in ihrer Protestaktion auch darauf hingewiesen, daß die Drohung der Finanzämter eine Verletzung des Grundgesetzes darstelle, nach dem alle Deutschen das Recht haben, ihren Arbeitsplatz frei zu wählen. Nun hat sich das Arbeitsamt Waldshut der Arbeiter angenommen und durch eine einstweilige Verfügung das Versenden der finanzamtlichen "Drohbriefe" unterbunden.

Die Forderung, die Steuerschulden zu begleichen, besteht an sich zu Recht. Aber psychologisch sehr glücklich kann man die Methode der Finanzbehörde nicht nennen. Und schließlich ginge, volkstümlich gesprochen, das Rezept des Finanzamtes darauf hinaus, daß die Kuh geschlachtet wird, die man melken möchte. Und das soll eigentlich nicht die Aufgabe der Finanzämter sein: Obwohl es zuweilen auch anderswo in der Steuerpraxis so aussieht !

Verantwortlich: Peter Raunau